

Raumplanung, Mobilität und Versorgung

Region Die Delegierten der Region Luzern West befassten sich am 20. November in Schachen mit zentralen Weichenstellungen in Raumplanung, Mobilität, Versorgung und Finanzen.

Text und Bild Barbara Camenzind

Die Region Luzern West (RLW) lud ihre Delegierten am Donnerstag, 20. November, zur ordentlichen Delegiertenversammlung in die Rümlihalle Schachen in Werthenstein ein. Verbandspräsident Thomas Rösli begrüsst 47 Delegierte aus den 27 Verbandsgemeinden sowie weitere Gäste. Zum Einstieg wurde ein Video gezeigt, das die vielfältigen Aufgaben der Region anschaulich erläuterte und auf der Website abrufbar ist.

Auf der Traktandenliste standen die Genehmigung des Protokolls, das Jahresprogramm für das kommende Jahr, das Mehrjahresprogramm, der Finanzplan sowie das Budget. Dieses weist ein Defizit von 126 550 Franken aus; Budget, Finanzplan und Programme wurden einstimmig verabschiedet. Die Verbandsleitung informierte ausserdem über laufende Projekte und Entwicklungen.

Regionale Aufgaben im Wandel

Im Mehrjahresprogramm zeigte sich die Vielfalt der regionalen Aufgaben. In der Raumplanung stehen zentrale Arbeiten an: Die RLW baut regionale Arbeitsplatzgebiete im Gebiet UBE auf, entwickelt das Arbeitszonen- und Standortmanagement weiter. Zwei Workshops mit den Gemeinden bestätigten den Wunsch nach mehr regionaler Koordination und Erfahrungsaustausch in dieser Thematik. Die Region wird das Arbeitszonenmanagement entsprechend ausbauen und die Workshopreihe fortführen.

In der Mobilität informierte die RLW über kantonale Vorhaben wie den Ausbau der Bahninfrastruktur, die Weiterentwicklung von Verkehrsdrehscheiben, Busbeschleunigungsmassnahmen und den Weg zu einem fossilfreien öV.

Für die RLW bedeutet dies zusätzliche Kurse und neue Haltestellen. Parallel läuft die Vernehmlassung zum Programm Gesamtmobilität, die ebenfalls in die regionale Planung einfließt.

Neue Akzente in der Versorgung

Auch die Gesundheitsversorgung wird die Region in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen. Der kantonale Planungsbericht definiert die integrierte Versorgung als Schlüsselthema, um medizinische, pflegerische und soziale Angebote besser zu verknüpfen und Versorgungslücken zu schliessen. Die RLW wird dieses Thema nun systematisch angehen und gemeinsam mit den Gemeinden erste Umsetzungsschritte vorbereiten.

Seit Anfang des Jahres verstärkt die Region zudem ihr Engagement im Bereich Sport und Bewegung. Gespräche mit den Verbandsgemeinden zeigten, dass freiwilliger Schulsport und zeitgemässe Sportinfrastrukturen weit oben auf der Prioritätenliste stehen. Die Arbeitsgruppe Sport & Bewegung hat darauf basierend Pilotprojekte erarbeitet, die ab dem kommenden Jahr starten sollen. Ergänzend liefert die Masterthesis von Sportkoordinator Jan Peter eine umfassende Analyse der regionalen Sportinfrastruktur und Empfehlungen für das künftige regionale Sportanlagenkonzept. Mit dem ersten Treffen der lokalen Ansprechpersonen im Dezember wird die Vernetzung weiter gestärkt.

Finanzielle Perspektiven

Der Finanzplan zeigt, dass die RLW in den kommenden Jahren mit steigenden Aufgaben und Kosten rechnet. Deshalb soll der Grundbeitrag der Gemeinden ab übernächstem Jahr um einen Franken pro Einwohner auf 7,50 Franken erhöht werden. Parallel dazu plant die Region, Drittfinanzierungen gezielt auszubauen und in der ersten Jahreshälfte Workshops zur Klärung der künftigen Aufgaben und Leistungen durchzuführen.

Zusätzlich erhielten die Delegierten Informationen zu weiteren Projekten wie der Umnutzung des Stewo-Areals in Wolhusen-Markt, der Dorfkernentwicklung Egolzwil, dem Entwicklungsschwerpunkt Willigen, neu bewilligten



Alexander Bernstein, Leiter Projekte der Region Luzern West, informiert die Delegierten über laufende Projekte; daneben sitzen Thomas Rösli, Guido Roos und Brigitte Grüter.

NRP-Projekten sowie zur Bikewelt Sörenberg.

Prioris: Stand der Dinge

Franzsepp Erni, Verwaltungsratspräsident Prioris und Gemeindepräsident Ruswil, informierte über den Stand des Breitbandprojekts Prioris. «Und sie bewegt sich doch», sagte er mit Blick darauf, dass Prioris und Swisscom den Ausbau nun vorantreiben. Alle 13 Gemeinden sollen im Zentrum und in den Randgebieten ans schnelle Internet angeschlossen werden.

In Fischbach, Hergiswil bei Willisau, Entlebuch und Ruswil wird der im vergangenen Jahr gestoppte Ausbau fortgesetzt. Der Ausbau ausserhalb der Bauzonen wird geplant; geprüft werden Anschlussmöglichkeiten und Engpässe. Je nach Situation werden Telefonstangen weitergenutzt oder Leitungen in den Boden verlegt.

Anmeldungen für Glasfaser sind bis Neujahr 2026 möglich. In ein bis zwei Jahren deaktiviert Swisscom das Kupfernetz – herkömmliche Telefonanschlüsse funktionieren dann ohne Glasfaser nicht mehr.

Richtplan gewinnt an Bedeutung

Am Ende der Versammlung rückte der kantonale Richtplan erneut in den

Fokus. Die Gesamtrevision soll den bestehenden Plan ablösen und das Steuerungsverständnis weiterentwickeln. Ziel ist es, die räumliche Entwicklung und das Wachstum des Kantons strategisch zu lenken und den überkantonalen Blick zu stärken – für die RLW, die rund 16 Prozent der Kantonsfläche umfasst, ein zentrales Anliegen.

Michael Kurmann, Präsident der kantonsrätlichen Kommission für Raumplanung, Umwelt und Energie, erläuterte die wichtigsten Neuerungen des über zweihundert Seiten starken Planwerks, das nach jahrelanger Erarbeitung Anfang übernächstes Jahres verbindlich werden soll.

Die Revision bedeutet den Abschied von der Y-Strategie. Neu wird mit funktionalen Nutzungsräumen und Raumimpulsen statt Achsen geplant. Ebenfalls vorgesehen sind weniger Gemeindekategorien und eine stärkere Ausrichtung auf die Innenentwicklung, was den Handlungsspielraum der Gemeinden eher einschränkt. Mehrere Detailinstrumente fallen weg. Der Richtplan wird schlanker und fokussiert stärker auf prioritäre Themen wie die Weiterentwicklung des Wohnraums an gut erschlossenen Standorten.

Teilweise erfüllt

Kurmann zeigte auf, dass die Forderungen der RLW nur teilweise erfüllt wurden. Die Gliederung in funktionale Räume sei umgesetzt – von urbanen und dichten Siedlungsräumen über ländliche Räume bis zu naturgeprägten Gebieten wie Napf und UBE –, ergänzt durch Willisau als Regionalzentrum sowie die Subzentren Wolhusen und Schüpfheim sowie Ruswil als Stützpunktgemeinde. Nicht berücksichtigt wurden zusätzliche Differenzierungen zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung des Entlebachs.

Zugleich betonte Kurmann, dass die RLW vom Kanton deutlichere Signale zur aktiven Förderung der Innenentwicklung erwartet. Ländliche Räume bräuchten wirtschaftliche Impulse und weniger Hürden bei Einsparungen und Auflagen. Der Richtplan setze jedoch stärker auf Pflicht als auf Förderung.

«Die Stossrichtung stimmt, aber der Weg dahin, wie man das umsetzen will, ist sicher genauso wichtig», sagte Kurmann. Sinngemäss hielt er fest, dass die RLW eine aktivere Innenentwicklung anstrebt, der Kanton jedoch weiterhin primär auf Vorgaben setzt – eine Herausforderung für den ländlichen Raum.

Zum Abschluss der Versammlung lud die RLW zu einem Apéro ein.

Das Defizit fürs kommende Jahr wird kleiner

Region Die Delegierten des SoBZ und der KESB stimmten am 20. November dem Budget 2026 samt Erhöhung von Pro-Kopf-Beiträgen und den geplanten Investitionen zu.

Text und Bild René Egli-Husmann

Der Mehrzweckverband des Sozialberatungszentrums (SoBZ) und der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Region Entlebuch, Wolhusen und Ruswil tagte am vergangenen Donnerstag. Durch die Delegiertenversammlung führte Präsident Peter Studer. Die Anwesenden nahmen den Aufgaben- und Finanzplan 2026 bis 2030 sowie das Programm für das kommende Jahr diskussionslos zur Kenntnis.

Langsames Kostenwachstum

Den Voranschlag 2026 präsentierte Ronald Stalder als Leiter Zentrale Dienste. Der Gesamtaufwand knackte erstmals die 5-Millionen-Grenze und liegt rund 85 000 Franken höher als im laufenden Jahr. Das Kostenwachstum konnte unter anderem bei den Personalkosten trotz des Teuerungsausgleichs von 1,5 Prozent und eines Stufenanstiegs bei einzelnen Mitarbeitenden gebremst werden. Ab kommenden Sommer ist bei der KESB neu eine KV-Lehrstelle eingeplant. «Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Ausbildung jun-



Sie alle können ein Dienstjubiläum feiern (von links): Nathalie Vogel (10 Jahre), Sandra Alessandri (20 Jahre), Ronald Stalder (10 Jahre), Petra Troxler (20 Jahre) und Iris Sigrist (20 Jahre).

ger Berufsleute und eine Massnahme gegen den drohenden Fachkräftemangel», betonte Stalder.

Investitionen für Umzug und IT

Der Sachaufwand erhöht sich um 70 000 Franken, von denen rund 36 000 Franken auf den IT-Unterhalt entfallen. Die hohen Kosten hängen mit der Zusammenlegung der Infrastrukturen der KESB und des SoBZ und dem Wechsel des Anbieters zusammen. Gleichzeitig werden Investitionen in die Datensicherheit und den Daten-

schutz getätigt. Weiter ergeben sich höhere Mietkosten im Zusammenhang mit dem Umzug der KESB in den Neubau «Chrämerei» Entlebuch, der im Oktober 2026 erfolgen soll. Auf der Einnahmenseite rechnet der Voranschlag bei der Mandatsführung mit 60 000 und bei der KESB mit 10 000 Franken Mehreinnahmen gegenüber dem Budget 2025. Bei der KESB werden die Pro-Kopf-Beiträge von 40 auf 42 Franken erhöht. Die Beiträge für die Mütter-Väter-Beratung, Sozialberatung und Mandatsführung bleiben un-

verändert. Unter dem Strich resultiert im Budget ein Defizit von 96 850 Franken. Dieses ist somit 110 000 Franken weniger hoch als im Vorjahr.

Die geplanten Investitionen belaufen sich auf 261 000 Franken und betreffen in erster Linie die neue EDV- und Telefoninfrastruktur sowie Einrichtungen. Für den Unterhalt der IT-Infrastruktur soll ein Service-Vertrag über drei Jahre abgeschlossen werden. Dem dafür notwendigen Sonderkredit in der Höhe von 245 000 Franken stimmten die Verbandsdelegierten diskussionslos zu.

Differenzen bei Suchtberatung

Nach den Finanzthemen ergriff wiederum Peter Studer das Wort und durfte insgesamt sieben Personen zu ihrem 20- beziehungsweise 10-Jahrdienstjubiläum gratulieren. «Ein Betrieb ist auf gute Mitarbeitende angewiesen. Wenn sie es lange aushalten, ist es ein Zeichen, dass sie sich wohlfühlen», erklärte er.

Weiter informierte der Präsident über die laufenden Verhandlungen mit den Verantwortlichen des Kantons bezüglich der zu erbringenden Leistungen im Bereich der Suchtberatung. Hier zeichne sich ein Stadt-Land-Graben ab: Während Luzern zusammen mit den Agglomerationsgemeinden die Suchtberatung zentralisieren möchte, setzen sich die Landgemeinden für dezentrale Lösungen ein. Die Verhandlungen für das SoBZ führt dessen Leiter Marcus Nauer. Dieser betonte die Wichtigkeit eines unkomplizierten Zugangs zur Beratungsstelle im Zusammenhang mit Suchtproblematiken.

Janique Häfliger berichtete als Leiterin der KESB von den Schwierigkeiten bei Hilfestellungen für Kinder von sogenannten «Staatsverweigern». Diese reagierten oftmals nicht auf Kontaktaufnahmen der Behörden, verweigerten Briefpost, und die Mitarbeitenden stünden oft machtlos vor verschlossenen Türen. Trotzdem fänden diese immer wieder von Neuem die Motivation, ihr Bestes zu geben zum Wohl der betroffenen Kinder.